

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (17. Ausschuß)**

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/3585 —

zum Bericht zur Lage der Nation 1988 im geteilten Deutschland

A. Problem

Im Rahmen der Beratung der Berichte zur Lage der Nation 1988 im geteilten Deutschland bestand das Bedürfnis, eine dem Entwicklungsstand entsprechende deutschlandpolitische Grundsatzerklärung des Bundestages zu formulieren.

B. Lösung

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß dem Problem dadurch Rechnung getragen worden ist, daß der Bundestag am 1. Dezember 1988 einen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/3602 — verabschiedet hat.

Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

C. Alternative

Verabschiedung einer von breiter Mehrheit getragenen Entschließung.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/3585 — abzulehnen.

Bonn, den 19. April 1989

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Hoppe	Lintner	Büchler (Hof)	Frau Hensel
Vorsitzender	Berichterstatter		

Bericht der Abgeordneten Lintner, Büchler (Hof) und Frau Hensel

Der Entschließungsantrag wurde am 1. Dezember 1988 in der 113. Sitzung des Deutschen Bundestages dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen zur weiteren Beratung überwiesen.

Bei den Beratungen des Ausschusses spielte die Tatsache eine Rolle, daß der Deutsche Bundestag in der gleichen Sitzung einen von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entschließungsantrag zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN verabschiedet hat.

Die Fraktion der SPD machte am 19. April 1989 im Ausschuß deutlich, daß es ihr mit dem Antrag darum gehe, eine zweite Phase der Deutschlandpolitik voranzubringen. Der Vorsitzende machte den Vorschlag,

daß die Fraktionen sich angesichts des Grundkonsenses in der Deutschlandpolitik um die Erstellung eines von breiter Mehrheit getragenen Textes bemühen sollten. Wenn man Wirkung erzielen wolle, müsse man mehr Gemeinsamkeit deutlich werden lassen. Die Fraktion der SPD verlangte die Abstimmung über die Beschlußempfehlung mit dem Hinweis, daß damit nicht die Möglichkeit weiterer Bemühungen um einen gemeinsamen Text ausgeschlossen sei.

Die Beschlußempfehlung, den Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen, wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, angenommen.

Bonn, den 19. April 1989

Lintner Büchler (Hof) Frau Hensel
Berichterstatter

